



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Postzustellungsurkunde

Referat 123
Justizariat; IFG-Koordination; Be-
hördlicher Datenschutz, Beschwer-
destelle AGG

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400 - 0
FAX +49 30 18 400 - 1819
MAIL poststelle@bk.bund.de

Berlin, 14. November 2022

BETREFF Anfrage nach dem
Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
AZ 123 IFG - 02814 - In 2022 / NA 175
BEZUG Ihre Anfrage vom 6. September 2022
ANLAGE 12 Dokumente

Sehr geehrter

mit E-Mail vom 6. September 2022 beantragten Sie u. a. auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) Zugang zu folgenden Informationen:

- „- Alle „offenen Briefe“, die an das Bundeskanzleramt, den Bundeskanzler oder an die Bundesregierung allgemein digital oder postalisch eingegangen sind seit dem 1.1.2022.
- Sofern es eine Übersichtsliste der offenen Briefe gibt, bitte auch diese Liste
- Sofern es Antworten Ihres Hauses/des Bundeskanzlers auf offene Briefe gibt, bitte auch diese Antworten.“*

Mit Schreiben vom 12. September 2022 bat ich Sie um Konkretisierung Ihres Antrages. Sie teilten mir per E-Mail vom 24. September 2022 mit, dass Sie Ihren Antrag auf das Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Schwerpunkt Ukrai-

nekrieg mit den Unterschwerpunkten Bundeswehr, Waffenlieferungen für die Ukraine, Energie- und Gasversorgung sowie kritische Versorgungsinfrastruktur begrenzen.

Auf Ihren Antrag ergehen folgende **Entscheidungen**:

1. Sie erhalten Zugang zu den unter I. aufgeführten Dokumenten und eine einfache Auskunft.
2. Die Kosten des Verfahrens werden auf 30,00 EUR festgesetzt.

Gründe

I.

§ 1 Abs. 1 IFG gewährt gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Der Anspruch ist auf die bei der Behörde – hier das Bundeskanzleramt – vorhandenen Informationen beschränkt.

Auf Ihren Antrag erhalten Sie Zugang zu nachfolgenden aufgeführten Dokumenten, soweit nicht einzelne Passagen geschwärzt wurden:

Lfd - Nr.	Aktenzeichen	Datum des Dokuments	Bezeichnung/Beschreibung	Anmerkungen
1	212-30101-U4-Uk1	27.02.2022	Offener Brief Jüdische Gemeinde im Lande Bremen	Schwärzungen von personenbezog. Daten Dritter
2	212-30101-U4-Uk1	24.06.2022	Antwort zum offenen Brief der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen	
3	134-201 00 – Ko 047	14.09.2022	Offener Brief des Bürgermeisters der Stadt Parchim	
4	134-201 00 – Ko 047	23.09.2022	Offener Brief des Bürgermeisters der Stadt Ludwigslust	
5	212-30101-U4-Uk1	17.02.2022	Greenpeace und andere - Offener Brief/Waffenlieferungen an die Ukraine	
6	134-201 00 – Ko 047	Eingang am 27.09.2022	Offener Brief der Stadt Crivitz	
7	231-373 10 Ve 5	27.04.2022	Offener Brief der IPPNW zum Sondervermögen für die Bundeswehr	

8	432-52322 En3 NA 3	10.03.2022	Offener Brief Taxi- und Mietwagenverband Deutschland	
9	134-201 00 – Ko 047	06.09.2022	Offener Brief des Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt, Kreisverband Harz	
10	134-201 00 – Ko 047	15.09.2022	Offener Brief des Landkreis Sonneberg	
11	422-63001-En-044	30.03.2022	Offener Brief „Letzte Generation“	
12	422-63001-En-044	24.08.2022	Offener Brief Transatlantika GmbH	

Der Zugang wird durch Übersendung einer einfachen Kopie als Anlage zu diesem Bescheid gewährt.

In dem Dokument, **lfd. Nummer 1**, wurden personenbezogene Daten Dritter geschwärzt. § 1 Abs. 1 IFG eröffnet jedermann gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen nur insofern, als keine Ausschlussgründe entgegenstehen. Gem. § 5 IFG darf der Zugang zu personenbezogenen Daten allerdings nur gewährt werden, soweit das Informationsinteresse des Antragstellers das schutzwürdige Interesse des Dritten am Ausschluss des Informationszugangs überwiegt oder der Dritte eingewilligt hat. Hierzu müsste ein zeit- und ggf. kostenintensives Drittbeteiligungsverfahren durchgeführt werden (vgl. § 8 IFG). Da Sie den Zugang zu personenbezogenen Daten nicht explizit beantragt und Ihren Antrag auch nicht gem. § 7 Abs. 1 S. 3 IFG begründet haben, gehe ich davon aus, dass Sie keinen Zugang zu diesen Informationen begehren. Anderenfalls bitte ich um entsprechende Mitteilung innerhalb eines Monats.

Darüber hinaus teile ich Ihnen mit, dass aufgrund der großen Anzahl an im Bundeskanzleramt eingehender Post nicht jeder Eingang zu den Akten genommen wird. Es ist bei den Eingängen auch nicht immer ersichtlich, ob es sich um einen offenen Brief handelt.

II.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 10 IFG. Danach werden für Amtshandlungen nach dem IFG Gebühren erhoben. Die Gebühr ist gemäß § 10 Abs. 2 IFG auch

unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes so zu bemessen, dass der Informationszugang nach § 1 IFG wirksam in Anspruch genommen werden kann.

Die Gebühr bemisst sich bei Herausgabe von Abschriften nach § 10 Abs. 3 IFG in Verbindung mit Teil A, Nr. 2.1 des Gebühren- und Auslagenverzeichnisses der Informationsgebührenverordnung (IFGGebV) vom 2. Januar 2006. Hier ist ein Gebührenrahmen von 15,00 bis 125,00 EUR vorgesehen.

Die Höhe der innerhalb dieses Rahmens festzusetzenden konkreten Gebühr bemisst sich in erster Linie nach dem Arbeitsanfall im Einzelfall. Zugrunde gelegt werden hierbei die für die Bearbeitung des Antrages aufgewandten Personalkosten auf der Basis pauschaler Personalkostensätze, die sich an der Umweltinformationskostenverordnung des Bundes orientieren (vgl. BT-Drs. 15/4493, S. 16). Für die Entscheidung über Ihren Antrag wurden 115 Minuten von Mitarbeitern des höheren Dienstes zu einem Pauschalstundensatz von 60,00 EUR und 185 Minuten von Mitarbeitern des gehobenen Dienstes zu einem Pauschalstundensatz von 45,00 EUR aufgewandt. Der personelle und zeitliche Verwaltungsaufwand für Ihr Verfahren beläuft sich mithin auf 253,75 EUR.

Unter Ausübung des Ermessens, das dem Bundeskanzleramt bei der Festsetzung der Gebühr innerhalb des vorgegebenen Gebührenrahmens zusteht und unter Berücksichtigung der Gesamtanzahl der zugänglich gemachten Dokumente wird die Gebühr auf 30,00 EUR festgesetzt.

Sie werden gebeten, die Gebühr in Höhe von **30,00 EUR** unter Angabe des Kasenzeichens: „**1180 0566 1249 IFG-Anfrage In 2022 NA 175**“, innerhalb eines Monats nach Zustellung an die Bundeskasse Halle **IBAN: DE 38 8600 0000 0086 0010 40**, BIC: MARKDEF1860 bei der Deutschen Bundesbank – Filiale Leipzig zu überweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundeskanzleramt erhoben werden. Ich weise darauf hin, dass für die vollständige oder teilweise Zurückweisung eines Widerspruchs eine Gebühr in Höhe von mindestens 30,00 Euro anfällt.

הקהילה היהודית במדינת ברעמן
JÜDISCHE GEMEINDE IM LANDE BREMEN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

ת"פ

Jüdische Gemeinde Bremen - Postfach 10 44 12 - 28044 BREMEN

28211 Bremen, 27.02.2022
SCHWACHHAUSER HEERSTRASSE 117
Postanschrift Postfach 10 44 12 - 28044 Bremen
TEL (0421) 4 98 51 04
FAX (0421) 498 49 44
E-MAIL: JUEDISCHE.GEMEINDE.BREMEN@EWETEL.NET
IBAN: DE67 2905010100010187 87

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

700/22/20

Büro der Bundeskanzlerin						
BK-Nr.	1	2	3	4	5	6
Nr.	[Handwritten]					
02. MRZ. 2022						
<input checked="" type="checkbox"/> KwV			Beantw. Abl.			
<input type="checkbox"/> AE			Termin			
<input type="checkbox"/> Vollw/Stgn.			<input checked="" type="checkbox"/> Kopie		3	

Handwritten notes: 10/3, 23/3, AS 2/5

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

bei der Aussprache in der Jüdischen Gemeinde Bremen kamen viele Mitglieder und Freunde der Gemeinde zusammen. Sie haben den beiliegenden Offenen Brief unterzeichnet. Diesem Brief liegt das Original des Briefs sowie die Unterschriften bei. Dabei ist auch der Ablaufplan der Aussprache sowie der Flyer. Die regionale Zeitung hat darüber berichtet:
<https://www.weser-kurier.de/bremen/juedische-gemeinde-bremen-fordert-schnelle-hilfe-fuer-die-ukraine-doc7iwov0hc76b18iyop4t5>

Wir verschicken denselben Text mit den eingescannten Unterschriften an Sie auch per mail mit der höflichen Bitte um Beachtung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Grigori Pantijelew
im Namen des Präsidiums der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen

Vorgang am 22.6.22 von
Ref. 431 zuständigkeits-
halbw übernommen!
Wac 23/6

Handwritten notes and signatures:
31
7. AA
Ez 077
Q
23.5

הקהילה היהודית במדינת ברעמן
JÜDISCHE GEMEINDE IM LANDE BREMEN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Jüdische Gemeinde Bremen - Postfach 10 44 12 - 28044 BREMEN

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

ת"פ

28211 Bremen, 27.02.2022
SCHWACHHAUSER HEERSTRASSE 117
Postanschrift: Postfach 10 44 12 - 28044 Bremen
TEL (0421) 4 98 51 04
FAX (0421) 498 49 44
E-MAIL: JUEDISCHE.GEMEINDE.BREMEN@EWETEL.NET
IBAN: DE67 2905010100010187 87

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

unser Land sieht sich als wichtiger Architekt eines friedlichen und freiheitlichen Europas, einer gemeinschaftlichen starken demokratischen Vision. Es darf nicht sein, dass gerade Deutschland das Schlusslicht bei der Verteidigung dieser Vision bildet. Das ist jetzt der Fall, wenn unsere Regierung dem leidenden ukrainischen Volk als letzte europäische Nation im Schneckentempo zu helfen beginnt und wenn Deutschland als respektable wirtschaftliche Macht dem Ausschluss Putins Russland aus dem SWIFT erst zuletzt zustimmt. Es darf nicht sein, dass Deutschlands Ruf in der Welt durch den korrumpierten Altbundeskanzler Schröder bestimmt wird.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, handeln Sie! Helfen Sie dem ukrainischen Volk, stehen Sie zu den europäischen Werten! Tun Sie das heute, sofort, tatkräftig!

Hochachtungsvoll
Jüdische Gemeinde im Lande Bremen
Mitglieder und Freunde der Gemeinde

Aussprache über den russischen Überfall auf die Ukraine und Gebet für die Menschen in der Ukraine

**Jüdische Gemeinde im Lande Bremen,
27 . Februar 2022, 18:00 Uhr**

Ablauf:

- Grußwort Elvira Noa
- Gebet Landesrabbiner Netanel Teitelbaum
- Ansprache Bürgermeister Dr. Andreas Bo [REDACTED]
- Bericht Aaron Botvinikov
- Schlusswort Grigori Pantijelew
- Friedensgebet Landesrabbiner Netanel Teitelbaum

DIA...ATION

WERTUNG
AUF DIE UKRAINE
UND
GEBET FÜR DIE
MENSCHEN IN DER UKRAINE

SONNTAG, 27.02.22 UM 18:00 UHR
SYNAGOGUE BREMEN



**Jüdische Gemeinde
im Lande Bremen**

הקהילה היהודית במדינת ברעמן
JÜDISCHE GEMEINDE IM LANDE BREMEN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

ד"ר

Jüdische Gemeinde Bremen - Postfach 10 44 12 - 28044 BREMEN

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

28211 Bremen, 27.02.2022

SCHWACHHAUSER HEERSTRASSE 117

Postanschrift: Postfach 10 44 12 - 28044 Bremen

TEL (0421) 4 98 51 04

FAX (0421) 498 49 44

E-MAIL: JUEDISCHE.GEMEINDE.BREMEN@EWETEL.NET

IBAN: DE67 2905010100010187 87

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

unser Land sieht sich als wichtiger Architekt eines friedlichen und freiheitlichen Europas, einer gemeinschaftlichen starken demokratischen Vision. Es darf nicht sein, dass gerade Deutschland das Schlusslicht bei der Verteidigung dieser Vision bildet. Das ist jetzt der Fall, wenn unsere Regierung dem leidenden ukrainischen Volk als letzte europäische Nation im Schneckentempo zu helfen beginnt und wenn Deutschland als respektable wirtschaftliche Macht dem Ausschluss Putins Russland aus dem SWIFT erst zuletzt zustimmt. Es darf nicht sein, dass Deutschlands Ruf in der Welt durch den korrumpierten Altbundeskanzler Schröder bestimmt wird.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, handeln Sie! Helfen Sie dem ukrainischen Volk, stehen Sie zu den europäischen Werten! Tun Sie das heute, sofort, tatkräftig!

Hochachtungsvoll
Jüdische Gemeinde im Lande Bremen
Mitglieder und Freunde der Gemeinde

Name, Vorname	Adresse	Unterschrift

הקהילה היהודית במדינת ברעמן
JÜDISCHE GEMEINDE IM LANDE BREMEN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Jüdische Gemeinde Bremen - Postfach 10 44 12 - 28044 BREMEN

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

בס"ד

28211 Bremen, 27.02.2022

SCHWACHHAUSER HEERSTRASSE 117

Postanschrift: Postfach 10 44 12 - 28044 Bremen

TEL (0421) 4 98 51 04

FAX (0421) 498 49 44

E-MAIL: JUEDISCHE.GEMEINDE.BREMEN@EWETEL.NET

IBAN: DE67 2905010100010187 87

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

unser Land sieht sich als wichtiger Architekt eines friedlichen und freiheitlichen Europas, einer gemeinschaftlichen starken demokratischen Vision. Es darf nicht sein, dass gerade Deutschland das Schlusslicht bei der Verteidigung dieser Vision bildet. Das ist jetzt der Fall, wenn unsere Regierung dem leidenden ukrainischen Volk als letzte europäische Nation im Schnecken tempo zu helfen beginnt und wenn Deutschland als respektable wirtschaftliche Macht dem Ausschluss Putins Russland aus dem SWIFT erst zuletzt zustimmt. Es darf nicht sein, dass Deutschlands Ruf in der Welt durch den korrumpierten Altbundeskanzler Schröder bestimmt wird.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, handeln Sie! Helfen Sie dem ukrainischen Volk, stehen Sie zu den europäischen Werten! Tun Sie das heute, sofort, tatkräftig!

Hochachtungsvoll
Jüdische Gemeinde im Lande Bremen
Mitglieder und Freunde der Gemeinde

Name, Vorname	Adresse	Unterschrift

הקהילה היהודית במדינת ברעמן
JÜDISCHE GEMEINDE IM LANDE BREMEN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

בס"ד

Jüdische Gemeinde Bremen - Postfach 10 44 12 - 28044 BREMEN

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

28211 Bremen, 27.02.2022

SCHWACHHAUSER HEERSTRASSE 117

Postanschrift: Postfach 10 44 12 - 28044 Bremen

TEL (0421) 4 98 51 04

FAX (0421) 498 49 44

E-MAIL: JUEDISCHE.GEMEINDE.BREMEN@EWETEL.NET

IBAN: DE67 2905010100010187 87

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

unser Land sieht sich als wichtiger Architekt eines friedlichen und freiheitlichen Europas, einer gemeinschaftlichen starken demokratischen Vision. Es darf nicht sein, dass gerade Deutschland das Schlusslicht bei der Verteidigung dieser Vision bildet. Das ist jetzt der Fall, wenn unsere Regierung dem leidenden ukrainischen Volk als letzte europäische Nation im Schnecken tempo zu helfen beginnt und wenn Deutschland als respektable wirtschaftliche Macht dem Ausschluss Putins Russland aus dem SWIFT erst zuletzt zustimmt. Es darf nicht sein, dass Deutschlands Ruf in der Welt durch den korruptierten Altbundeskanzler Schröder bestimmt wird.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, handeln Sie! Helfen Sie dem ukrainischen Volk, stehen Sie zu den europäischen Werten! Tun Sie das heute, sofort, tatkräftig!

Hochachtungsvoll
Jüdische Gemeinde im Lande Bremen
Mitglieder und Freunde der Gemeinde

Name, Vorname	Adresse	Unterschi

הקהילה היהודית במדינת ברעמן
JÜDISCHE GEMEINDE IM LANDE BREMEN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Jüdische Gemeinde Bremen - Postfach 10 44 12 - 28044 BREMEN

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

בג"ד


28211 Bremen, 27.02.2022
SCHWACHHAUSER HEERSTRASSE 117
Postanschrift: Postfach 10 44 12 - 28044 Bremen
TEL (0421) 4 98 51 04
FAX (0421) 498 49 44
E-MAIL: JUEDISCHE.GEMEINDE.BREMEN@EWETEL.NET
IBAN: DE67 2905010100010187 87

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

unser Land sieht sich als wichtiger Architekt eines friedlichen und freiheitlichen Europas, einer gemeinschaftlichen starken demokratischen Vision. Es darf nicht sein, dass gerade Deutschland das Schlusslicht bei der Verteidigung dieser Vision bildet. Das ist jetzt der Fall, wenn unsere Regierung dem leidenden ukrainischen Volk als letzte europäische Nation im Schnecken tempo zu helfen beginnt und wenn Deutschland als respektable wirtschaftliche Macht dem Ausschluss Putins Russland aus dem SWIFT erst zuletzt zustimmt. Es darf nicht sein, dass Deutschlands Ruf in der Welt durch den korrumpierten Altbundeskanzler Schröder bestimmt wird.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, handeln Sie! Helfen Sie dem ukrainischen Volk, stehen Sie zu den europäischen Werten! Tun Sie das heute, sofort, tatkräftig!

Hochachtungsvoll
Jüdische Gemeinde im Lande Bremen
Mitglieder und Freunde der Gemeinde

Name, Vorname	Adresse	Unterschrift
		

Wachter, Nadine

Von: Poststelle
Gesendet: Freitag, 24. Juni 2022 10:32
An: Wachter, Nadine
Cc: kreg
Betreff: WG: Antwort aus dem Bundeskanzleramt - Ihr Schreiben vom 27.02.2022

Abgesandt durch die Poststelle am 24.06.2022.

VG A. Glieneke

Von: Wachter, Nadine
Gesendet: Freitag, 24. Juni 2022 10:10
An: Poststelle <Poststelle@bk.bund.de>
Betreff: Antwort aus dem Bundeskanzleramt - Ihr Schreiben vom 27.02.2022

- 1. Poststelle bitte abs: juedische.gemeinde.bremen@ewetel.net
 - 2. H-Reg: bitte noch registrieren unter 212-30101-U4-UK001
 - 3. Bitte z.d.A.
- Gruß+Dank
Nadine Wachter

Sehr geehrter Herr Pantijelew,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. Februar 2022 an Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass es dem Bundeskanzler leider nicht möglich ist, Ihnen persönlich zu antworten. Dies lässt die ungewöhnlich große Zahl von Zuschriften nicht zu. Sie dürfen jedoch versichert sein, dass der Bundeskanzler den Meinungs- und Willensäußerungen der Bürgerinnen und Bürger, die sich auf diesem Weg an ihn wenden, große Aufmerksamkeit widmet. Alle Briefe werden ausgewertet und in die politische Meinungsbildung eingebracht. Sie thematisieren in Ihrem Schreiben die russische Invasion in der Ukraine.

Der Bundeskanzler hat den Überfall des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine scharf verurteilt, als einen klatanten Bruch des Völkerrechts und einen kaltblütigen, menschenverachtenden Angriffskrieg, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Der Bundeskanzler sprach von einem dunklen Tag für Europa. Die Welt ist nicht mehr dieselbe wie vor diesem Angriff. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf. Die Antwort der Bundesregierung darauf ist ein klares Nein. Gemeinsam mit der Europäischen Union und vielen weiteren internationalen Partnern, insbesondere den USA, stehen wir geschlossen und fest an der Seite der Ukraine.

Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine politisch und mit umfangreicher materieller und finanzieller Hilfe, z. B. Waffen, Schutzausrüstung, Sanitätsmaterial und humanitärer Hilfe. Menschen, die aus der Ukraine fliehen, erhalten in Deutschland und in der ganzen EU unbürokratischen Schutz und Hilfe.

In der EU und gemeinsam mit anderen Partnern hat die Bundesregierung schärfste Sanktionen gegen die Russische Föderation beschlossen. Dazu gehören u. a. das Abkoppeln einiger russischer Banken vom internationalen Zahlungssystem SWIFT, Exportverbote für strategisch wichtige Industriezweige, das Einfrieren in der EU von Vermögen solcher Personen, die im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine stehen (darunter auch Präsident Putin und Außenminister Lawrow), Einreisesperren in die EU, ein Ausstrahlungsverbot für Medien, die sich an russischen Propagandatätigkeiten betätigen, sowie die Sperrung des Luftraums der EU für russische Flugzeuge. Damit wird Staatspräsident Putin aufgezeigt, dass dieser Angriffskrieg bittere Kosten haben wird. Diese Sanktionen sind in ihrem Umfang und ihrer Reichweite präzedenzlos und zeigen bereits deutliche Wirkungen.

Zugleich hat der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung unterstrichen, dass Deutschland zu seinen Bündnispflichten im Rahmen der NATO steht. Die Bundesregierung hat zusätzliche Beiträge zur Sicherung und Verteidigung des Bündnisgebietes für unsere östlichen Alliierten geleistet und steht bereit, soweit notwendig, auch weitere Maßnahmen für eine glaubhafte Abschreckung und Verteidigung des Bündnisgebietes zu ergreifen.

Der Bundeskanzler hat sich bei allen Bürgerinnen und Bürgern bedankt, die in diesen Tagen ein Zeichen setzen gegen diesen Krieg, die sich z. B. zu friedlichen Kundgebungen versammeln, die einstehen für ein freies und offenes, gerechtes und friedliches Europa. Wir werden dies gemeinsam verteidigen.

Für die Übersendung Ihrer persönlichen Überlegungen sowie für Ihr Engagement bedanke ich mich herzlich und wünsche Ihnen sowie der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Nadine Wachter

Hinweis:

Bei der Bearbeitung Ihres Anliegens wurden bzw. werden von Ihnen personenbezogene Daten verarbeitet. Welche Daten zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage verarbeitet werden, ist abhängig von Ihrem Anliegen und den konkreten Umständen. Weitere Informationen hierzu und über Ihre Betroffenenrechte finden Sie in den Datenschutzhinweisen auf der Internetseite des Bundeskanzleramtes unter www.bundesregierung.de/bundeskanzleramt-DSH

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Bundeskanzleramt

Gruppe 21

Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

Telefon: +49 30 18400 - 0

Fax: +49 30 18400 - 1835

E-Mail: poststelle@bk.bund.de

Büro des Bundeskanzlers

BK Chef BK 1 2 3 4 5 6 7

Frist: _____ Anl.: _____

22. Sep. 2022

Stellungnahme / Votum _____ Beantwortung _____
 Kenntnisnahme _____ z.d.A. / weglegen _____
 Erledigung / z.w.Verw. _____ Abgabe an _____
 b.R. _____ Kopie *4/6/1*
 AE _____ *Silk Schneider*



2352/22/20

22109

2315 17
28/9
4MK

Stadt Parchim Postfach 15 49 19365 Parchim

nachrichtlich an:
Bundeskanzler Olaf Scholz
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Fachbereich: Bürgermeister

Ansprechpartner/in: Herr Flörke

Sitz: Schuhmarkt 1, 19370 Parchim

Telefon: 03871 - 71 191

Telefax: 03871 - 71 192

E-Mail: buergermeister@parchim.de

Posteingang ALn 1

28. SEP. 2022

Ihr Aktenzeichen: _____ Ihre Nachricht vom: _____ Unser Aktenzeichen: _____ Datum: 14.09.2022

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

Pr. 131 Zul. 134
Ul 29/19
2-28/19

seit dem 24. Februar befinden wir uns in der Krise – dies betrifft den Frieden in Europa als auch die Auswirkungen auf unser Land.

7 JA
134-100
Vo Of7
kerstky

Wir brauchen an dieser Stelle sicher nicht betonen, dass wir den Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Allerschärfste verurteilen und diesen Akt Russlands als das sehen, was er ist: ein barbarischer Akt gegen die Selbstbestimmung eines Nachbarvolkes. Und natürlich kann man das nicht einfach so hinnehmen.

Aber wir erleben seit einem halben Jahr, dass alle Maßnahmen und Sanktionen bislang nicht das erreichen, was sie bezwecken sollen, nämlich die Schwächung des Aggressors Russland. Nein, das Gegenteil ist seit Februar die Realität -- die Politik gegenüber Russland wirkt sich mittlerweile auf uns und jeden Tag mehr in Deutschland aus.

Und das in jedem Bereich, ob privat oder öffentlich. Die Krise betrifft jede Bürgerin und jeden Bürger und auch jedes Unternehmen.

Mittlerweile blickt jeder Einzelne mit Sorge in die Zukunft und hat keine Ahnung, wie sich die nächsten Wochen und Monate gestalten werden. Explodierende Preise für Gas, Wärme, Strom, die immer teurer werdenden Lebensmittel, die steigenden Preise an den Tankstellen – all dies führt täglich zu mehr Unsicherheit und der unklaren Frage für die Bürgerinnen und Bürger: wie soll ich das bloß alles noch bezahlen?

Kontakt:
Schuhmarkt 1
19370 Parchim
Telefon 03871 - 71 0

stadt@parchim.de
www.parchim.de

Datenschutzhinweise finden Sie auf der Internetseite

Öffnungszeiten:
Montag 09.00 - 12.00 Uhr
Dienstag 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 17.00 Uhr
Donnerstag 09.00 - 12.00 Uhr

Oder nach Vereinbarung

Öffnungszeiten Bürgerbüro:
Montag
Dienstag

Bankverbindung:
134-20100-Ko-047/36/2022
Hauptregistratur Bundeskanzleramt

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes können zu Recht erwarten, dass für diese Situation Lösungen gefunden werden. Leider haben alle bisherigen Maßnahmen nicht dazu geführt, dass sich an der Situation etwas verbessert, dass die Menschen wieder hoffnungsvoll in die Zukunft schauen können.

Und in dieser Situation verstehen wir als Bürgermeister sehr wohl, wenn die Menschen ihr Gefühl, ihre Angst zum Ausdruck bringen. In Meinungsäußerungen, auf Demonstrationen, wo auch immer dies gegenwärtig geschieht. Was bitte schön, sollen wir ihnen denn in dieser Situation entgegen? Nein, sie haben vollkommen Recht mit dem, was sie ansprechen.

Wir Alle wünschen uns eine Lösung für diese Situation. Die kann aber nicht in Vorschlägen zum Energiesparen bestehen. Wenn ich die Heizkosten nicht mehr bezahlen kann, dann ist jedes Sparen unnütz. Wir brauchen Maßnahmen, die dort ankommen, wo sie benötigt werden: bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei den Unternehmen, vor Ort, dort, wo sich das alltägliche Leben abspielt.

Wir Bürgermeister vor Ort stehen täglich im Kontakt mit unseren Bürgerinnen und Bürgern und wissen sehr genau, was die Menschen derzeit umtreibt. Und wir sehen eine große Gefahr, wenn wir diese Sorgen und Nöte der Menschen nicht ernst nehmen. Sie dürfen dies zum Ausdruck bringen, weil es ihre derzeitige Lage auch widerspiegelt. Hören wir damit auf, berechnete Sorgen zu ignorieren, nur, weil beim Protest jemand danebensteht, der vielleicht außerhalb unserer Werteordnung steht.

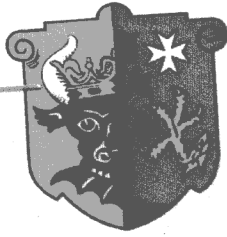
Für den gesellschaftlichen Frieden, den wir derzeit nicht haben und von dem wir auch ein Stück weit entfernt sind, braucht es jetzt und sofort Maßnahmen, die den Menschen und den Unternehmen in Deutschland helfen. Das ist die Aufgabe der Bundespolitik, der Bundesregierung und auch der Länder.

Wir erwarten von der Bundesregierung eine schonungslose und ehrliche Analyse der Situation und zeitnahe Maßnahmen, die allen Betroffenen jetzt **konkret** helfen. Nehmen Sie die Sorgen und Nöte der Menschen ernst. Diese Krise ist existenziell und darf nicht dazu führen, dass wir unser Land zu Grunde richten.

Mit freundlichen Grüßen

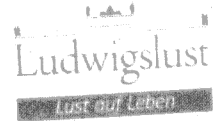

Bürgermeister

Dok. 4



STADT LUDWIGSLUST

DER BÜRGERMEISTER



Mecklenburgische Region Nordvorpommern

Stadt Ludwigslust · Schloßstraße 38 · 19288 Ludwigslust

2378/22/20

Postanschrift: Stadt Ludwigslust
PF 45 · 19282 Ludwigslust
Fachbereich: Bürgermeister
Name: Reinhard Mach
Tel.: 03874 / 526-100
Fax: 03874 / 526-109
E-Mail: reinhard.mach@ludwigslust.de
Internet: www.ludwigslust.de
Datum: 23.09.2022

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße
10557 Berlin

Büro des Bundeskanzlers								
BK	Chef BK	1	2	3	4	5	6	7
Brist:				Anl.:				
27. Sep. 2022								
<input type="checkbox"/> Stellungnahme / Votum				<input type="checkbox"/> Beantwortung				
<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme				<input type="checkbox"/> z. d. A. / weglegen				
<input type="checkbox"/> Erledigung / z. w. Verw.				<input type="checkbox"/> Abgabe an				
<input type="checkbox"/> b.R.				<input checked="" type="checkbox"/> Kopie	SM Schneider			
<input type="checkbox"/> AE				4/6				

13/134
U 70
2.2.21
V. 29/9

27.09
CHK
J. 2015

el.
Silb
29/9

Posteingang ALn 1
29. SEP. 2022

Betreff: Offener Brief zur Krisensituation

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

ich schreibe Ihnen aus Ludwigslust, einer Kleinstadt in Mecklenburg. Ludwigslust hat sich nach der politischen Wende meiner Einschätzung nach sehr gut entwickelt. Eine Reihe von sehr erfolgreichen mittelständischen Unternehmen bilden den Kern der Ludwigsluster Wirtschaftskraft. Diese Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten auf den regionalen, überregionalen und teilweise sogar internationalen Weltmärkten erfolgreich etabliert. Darüber hinaus gibt es eine große Anzahl von kleineren Unternehmen mit überwiegend weniger als 20 Mitarbeitenden. Der überwiegende Teil dieser Unternehmen entstand in einer Zeit großer struktureller Probleme, geprägt durch hohe Arbeitslosenzahlen, einer starken Abwanderung junger Menschen und niedriger Einkommen der Bevölkerung.

Reg 134
z. d. A.
[134-10100
110 047]
Be
4/10

Die aktuelle Situation stellt sich in Ludwigslust genauso dar, wie an den meisten Orten in Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesrepublik. Nach wie vor unterscheiden sich jedoch die Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Mecklenburg in erheblicher Weise. Die Eigenkapitalausstattung und die Möglichkeiten, Rücklagen zu bilden, waren auch in den vergangenen, guten Jahren bis 2019 nicht im Ansatz vergleichbar mit dem bundesweiten Durchschnitt. Nach wie vor zählt Mecklenburg-Vorpommern und damit auch unsere Stadt Ludwigslust zu der Region mit den niedrigsten Familieneinkommen in Deutschland. Dennoch waren die Menschen bis vor kurzem voller Optimismus und Tatendrang und es war uns gelungen, den überwiegenden Teil der jungen Menschen davon zu überzeugen, auch nach ihrer Ausbildung ihren Lebensmittelpunkt in ihrer mecklenburgischen Heimat zu behalten. Die sich auf hohem Niveau entwickelnde Inflation, die aktuellen und prognostizierten Preise für Heizung und Strom verunsichern nicht nur unsere Einwohnerinnen und Einwohner. Auch die Unternehmerinnen und Unternehmer im Einzelhandel, im Handwerk und im Dienstleistungsgewerbe sowie unsere mittelständischen Betriebe, die das Fundament der wirtschaftlichen Sicherheit unserer Bevölkerung sind, haben derzeit massive Probleme, die steigenden Energiekosten und die daraus resultierenden Preis- und Umsatzveränderungen in ihrer kurz- und mittelfristigen Unternehmensplanung betriebswirtschaftlich angemessen zu kalkulieren. Forderungen der Mitarbeitenden nach Lohnerhöhungen aufgrund des Kostendrucks in den Familien verstärken diese Not zusätzlich. Auch Senioren-, Sozial- und

Gesundheitseinrichtungen sehen sich durch die Kostensteigerungen in ihrer Existenz bedroht, da die Refinanzierung derzeit ungeklärt ist. Daraus resultieren inzwischen Existenzängste in allen Bevölkerungsschichten, die vergleichbar sind mit den Ängsten der damaligen Bevölkerung im Osten Deutschlands nach der politischen Wende, die Anfang der 90er Jahre zu 50 % ihren Beruf wechseln und sich komplett neu orientieren mussten, weil die Wirtschaft im Osten Deutschlands de facto zusammengebrochen war.

Es ist jetzt – 25 Jahre später – die nächste Generation, die sich mit Unterstützung ihrer Familien eine Existenz aufgebaut haben und allmählich die Früchte fleißigen Arbeitens in einer sozialen Marktwirtschaft genießen wollten. Dabei muss betont werden, dass der Lebensstandard in Mecklenburg immer noch weit hinter dem Lebensstandard vieler Regionen in den alten Bundesländern liegt – und dennoch waren die Menschen zufrieden. Aktuell haben die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt jedoch Angst, dass sie die Kosten für Heizung und Strom nicht mehr bezahlen können, dass ihre Arbeitgeber, die Unternehmen nicht mehr fortführen können bzw. im großen Stil Arbeitsplätze abbauen, um weiter zu existieren. Diese Ängste führen zu massiven Demonstrationen: Gestern waren 800 Demonstranten in Ludwigslust unterwegs, dies entspricht ca. 7% der Bevölkerung (vom Säugling bis zum Greis). Bedauerlicherweise führen dort auch Rechtsextremisten das Wort und bei den Menschen nehme ich Meinungen wahr, die vergleichbar sind mit der Situation in Deutschland Ende der 20er Jahre. Es wird gesagt, die Rechtsextremisten seien eine überschaubare Gruppe, die so wenig Einfluss hat, dass sie der Demokratie keinen Schaden zufügen kann. Diesen Irrtum hat es Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre auch gegeben. Wohin das geführt hat, brauche ich nicht weiter ausführen!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, eine der Ursachen für die von mir beschriebenen Ängste und Unsicherheiten der Bürgerinnen und Bürger ist aus meiner Sicht die mangelhafte Kommunikation der Bundesregierung und die bisher kommunizierten Programme, mit der dieser krisenhaften Situation entgegengewirkt werden soll. Man muss unseren Menschen nicht erklären, dass sie sparen müssen, wenn das Geld nicht ausreicht den Lebensunterhalt zu finanzieren. Es hilft nach meinem Verständnis auch nicht, Programme aufzulegen, von denen der Arzt, der mit der Richterin verheiratet ist, genauso profitiert wie die Verkäuferin, die mit dem Kraftfahrer verheiratet ist. Die Menschen erwarten zielgenaue und konkrete Hilfen, die sie tatsächlich entlasten, und zwar diejenigen, die auch der Hilfe bedürfen. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen erwarten, dass die Bundesregierung nicht tatenlos zuschaut, wie sich multinationale Konzerne darin überbieten, ihre zu erwartenden Quartalsgewinne im Milliardenbereich zu korrigieren. Vielmehr wird erwartet, dass die immer weiter auseinanderdriftende Einkommenssituation zwischen den einfachen, arbeitenden Menschen und den Reichen und Superreichen Einhalt geboten wird.

Ich mache mir große Sorgen um den Fortbestand unserer Stadtwerke und unserer kommunalen Wohnungsgesellschaft. Beide Unternehmen können auf eine 30-jährige Geschichte zurückblicken und konnten sich durch kluge Entscheidungen der Geschäftsführung, Aufsichtsräte und Gesellschafter kontinuierlich entwickeln. Nun laufen sie Gefahr, in erheblicher Weise Substanz zu verlieren bzw. von Insolvenz bedroht zu werden.

Ich spreche im Namen der Ludwigslusterinnen und Ludwigsluster, wenn ich erwarte, dass die Politik der Bundesregierung nicht überwiegend der Unterstützung des ukrainischen Volkes bei ihrem gerechten Kampf gegen den russischen Aggressor dient, sondern auch und in besonderer Weise dem Wohl des eigenen Volkes. Vielfach hinterlassen die Entscheidungen der Bundesregierung zumindest bei den Menschen, mit denen ich gesprochen habe, den Eindruck, dass dies im Kern nicht so ist. In einem reichen Land wie Deutschland muss es

möglich sein, die Politik für die Menschen so zu gestalten, dass Unsicherheit und Existenzängste die Menschen nicht zu Tausenden auf die Straße treiben und trotzdem das ukrainische Volk in einer Form zu unterstützen, die der Wirtschaftskraft Deutschlands angemessen ist.

Ich schreibe diese Zeilen aus purer Verzweiflung. Ich sehe mich derzeit nicht mehr in der Lage, den Menschen diese Politik des Bundes zu erklären. Dies war jedoch in den vergangenen Jahrzehnten stets mein Anspruch, dem ich in vielen Gesprächen mit unseren Einwohnerinnen und Einwohnern gerecht werden konnte.

Bitte sorgen Sie durch Ihr Handeln dafür, dass das Vertrauen in unsere Demokratie nicht weiter Schaden nimmt und meine Befürchtung zu einer Entwicklung, vergleichbar mit den 30er Jahren, niemals Wirklichkeit werden.

Freundliche Grüße



Reinhard Mach
Bürgermeister



Helmut Schapper
Präsident der
Stadtvertretung Ludwigslust

Unterstützt von folgenden
Fraktionen der Stadtvertretung:

- Alternative für Ludwigslust
- Aufbruch Ludwigslust
- Bürger-Forum Ludwigslust
- CDU
- DIE LINKE
- Freie Wähler/FDP
- SPD

**Offener Brief der Stadt Crivitz an Landes- und Bundesregierung
zur drastischen Erhöhung der Energiekosten**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz

sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Manuela Schwesig,

was haben wir uns gefreut als wir als Grundzentrum vor etwa einem Jahr erfuhren, dass wir finanzielle Unterstützung aus dem Wirtschaftsministerium bekommen für eine City-Manager-Stelle und ein Aktivitätsbudget in Höhe von 50.000 €. Das Projekt nennt sich „Lebendige Innenstädte“. Wir haben uns beworben und die Zusage erhalten. Die Freude war groß.

13/134, z.w.
W 30/5
2919

Wir haben Pläne geschmiedet, wie wir diese Möglichkeiten zur Unterstützung des Handels, der innerstädtischen Unternehmen aber auch für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen können. Wir führen aktuell kleine Workshops durch-alles, um die Unternehmen nach der Corona Krise wieder möglichst schnell in Schwung zu bringen.

134 2 d.A
[134-10100
10 047]

Im Moment beschäftigen sich die Unternehmen sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit, wie sie überhaupt die explodierenden Energiekosten und im Kreislauf dann auch alle Dinge des Lebensunterhalts, Lebensmittel usw. zukünftig leisten können. Menschen werden in Not geraten, Unternehmen werden aufgeben. Der soziale Frieden wird erheblich gestört, denn plötzlich werden Menschen bedürftig trotz Arbeit, selbst wenn der Arbeitgeber nicht aufgibt.

12/10

Schon am Rande des ersten Workshops vor zwei Wochen sprach ich mit einem Unternehmer, der mit Kurzarbeit durch die schlimmste Corona Krise kam, dann mit der Materialknappheit zu tun hatte, jetzt mit den Energiekosten kämpft und nun auch noch Anfragen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abwehren muss, die in ihrer Not gern die bis zu 3.000 € steuerfreie Inflationspauschale vom Arbeitgeber erhalten möchten. Er steht in diesem Spannungsfeld und muss erklären, dass er sich dazu in Anbetracht der anstehenden Energiekosten nun sogar in der Gefahr steht, die Produktion einstellen zu müssen. Woher soll er dann noch das Geld nehmen, um seine Leute finanziell zu unterstützen. Hier geraten Menschen nicht nur in finanzielle Not, sondern auch in seelische Not.

Am Donnerstag findet bei uns der Wochenmarkt statt. Ich fand die Fischverkäuferin lesend hinter ihrem Tresen. Das war für mich ein ganz ungewöhnliches Bild und so fragte ich Sie, ob heute nichts los sei. Sie antwortete mir, dass einfach keine Kundschaft kommt. Nun ja, frischer Fisch ist auch schon fast ein Luxusartikel geworden. Kaum jemand kann sich das inzwischen noch leisten. Die Menschen haben aus Angst auch ihr Einkaufsverhalten geändert. Sie sparen auch dort, wie sonst soll eine Familie oder ein alleinstehender Mensch mit verdoppelten bis verdreifachten Strom- und Gaskosten über die Runden kommen.

Eine Rentnerin berichtete mir, dass ihre Kosten so hoch geworden sind, dass ihre Renten zusammen nicht ausreichen. Sie hat ausgerechnet, dass sie etwa 3000€ jedes Jahr vom Ersparnen nehmen muss, um die Belastungen zu tragen. Wie gut, wenn sie denn noch Sparguthaben haben.

2388/22/20

Unsere Crivitzer Tafel schlägt inzwischen wieder Alarm. Es kommen kaum noch Lebensmittel über die Supermärkte. Die Spendenbereitschaft ist im Moment ebenfalls schwierig. Gibt es hierfür Mittel zur Unterstützung?

Posteingang ALn 1
29. SEP. 2022

27/09
CMK
J. 28/5

Büro des Bundeskanzlers							
BK	Chef BK	1	2	3	4	5	6 7
Frist:				Anl.:			
27. Sep. 2022							
<input type="checkbox"/> Stellungnahme / Votum				<input type="checkbox"/> Beantwortung			
<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme				<input type="checkbox"/> z.d.A. / weglegen			
<input type="checkbox"/> Erledigung / z.w.Verw.				<input type="checkbox"/> Abgabe an			
<input type="checkbox"/> b.R.				<input checked="" type="checkbox"/> Kopie	4.6.1		
<input type="checkbox"/> AE				SM Schneider			

27/9

Uni Rostock ist hier mit unserem Crivitzer Bürger Werner Vogel schon seit einigen Jahren dran, aber keiner scheint sich dafür zu interessieren, dass der Prototyp gebaut und ein Versuchsfeld zur Verfügung gestellt wird. Wir hatten dieses Projekt vor zwei Jahren Herrn Pegel vorgestellt, aber Herr Vogel bekam bis heute keine Unterstützung aus dem Land. Die SVZ hatte vor einigen Jahren bereits darüber berichtet.

Wir haben so kluge Menschen in unserem Land. Lösungen liegen teilweise auf dem Tisch, finden aber zu wenig Beachtung. Warum müssen die bereits vorhandenen Windenergieanlagen immer wieder stillstehen? Warum können wir immer noch nicht genug Energie speichern? Die Aussage 2% der Landesfläche ist doch völlig irrwitzig, wenn noch mehr Anlagen stillstehen.

Wissen Sie, mir macht das alles große Sorgen als Mensch und vor allem auch als ehrenamtliche Bürgermeisterin. Wozu sollten die Unternehmen noch mit uns an dem Projekt lebendige Innenstadt arbeiten? Es erscheint doch völlig irrational in Anbetracht der doppelten in ihrer Existenz bedrohten Lage. Wenn sie nicht durch die Energiekosten kaltgestellt werden, fehlen ihnen die Menschen, die einkaufen kommen. Also steigende Kosten, sinkende Einnahmen. Das macht mir so große Sorgen, dass hier bald gar nichts mehr funktioniert, Lieferketten zusammenbrechen, wie wir es selbst zu schlimmsten Corona Zeiten noch nicht erlebt haben. Manchmal konnte uns da auch Kreativität und die Umstellung auf die digitale Welt helfen.

Was wir jetzt erleben, scheint im Moment jedenfalls deutlich schlimmer. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Wenn Sie sich um die großen Lösungen kümmern, geben Sie uns kommunal mehr Handlungsspielräume, Energie für unsere Bürgerinnen und Bürger direkter zu nutzen und vor allem schnell. Wenn jetzt schon klar ist, dass der Winter 2023/2024 noch eine größere Herausforderung werden soll, dann haben wir doch aber ein Jahr Zeit, auch dezentral etwas zu bewegen.

Aus meiner Sicht sind wir schon längst Kriegspartei geworden, allerdings in einem Energiekrieg. Dafür braucht es keine Waffen. Die Energie ist längst zur Waffe geworden.

Bitte haben Sie die Kraft und den Einfluss, uns Kommunen zu stärken, denn ohne uns funktioniert die ganze Gesellschaft nicht. Geben Sie uns die Hilfestellungen und ggf. auch schnelle finanzielle Unterstützung in Form von verkürzten Antragszeiten für Fördermittel und vereinfachte Abrechnungen. Unsere Verwaltungen sind längst überlastet mit den vielen langwierigen teilweise mehrere Jahre andauernde Verfahren. Für Genehmigungen könnten alle, die draufschauen müssen, an einen Tisch - Projekt vom Planer/ Bauherrn/ Investor vorstellen, Fragen stellen, Genehmigung prüfen-fertig. Ist noch etwas zu ändern oder zu überabreiten, werden die entsprechenden Hinweise eingearbeitet. Neue Runde-fertig.

Sie können entsprechend schnell Gesetze ändern oder vorübergehend außer Kraft setzen.

Für mich sind das die Hilfestellungen, die wir brauchen.

Mit freundlichen Grüßen


Britta Brusch-Gamm

Bürgermeisterin Stadt Crivitz

IPPNW International Physicians for the Prevention of Nuclear War

Deutsche Sektion der
Internationalen Ärzt*innen
für die Verhütung des
Atomkrieges / Ärzt*innen in
sozialer Verantwortung e.V.
Körtestraße 10 | 10967 Berlin
Tel.: +49 (30) / 698 07 40
Fax: +49 (30) / 693 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand
Daniel Becker
Dr. Angelika Claußen
Carlotta Conrad
Dr. Robin Maitra
Dr. Lars Pohlmeier
Ute Rippel-Lau
Ralph Urban
Dr. Ute Watermann
International Councillor
Dr. Helmut Lohrer
Friederike Bröderhausen
Kürsuvorstandsmitglied
Ulrich Stein

Wissenschaftlicher Beirat
Dr. Jan van Aken
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Mohssen Massarrat
Prof. Dr. Götz Neunack
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmar Wassermann

IPPNW e.V. | Körtestraße 10 | 10967 Berlin

Herr Bundeskanzler Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10577 Berlin

AS
245
JSL

Büro des Bundeskanzlers								
BK	Chef BK	1	2	3	4	5	6	7
Frist:				Anl.:				
02. Mai 2022								
<input type="checkbox"/> Stellungnahme / Votum				<input type="checkbox"/> Beantwortung				
<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme				<input type="checkbox"/> z.d.A. / weglegen				
<input type="checkbox"/> Erledigung / z.w.Verw.				<input type="checkbox"/> Abgabe an				
<input type="checkbox"/> b.R.				<input type="checkbox"/> Kopie				
<input type="checkbox"/> AE								

1174122120

bl 23

231
11500

ZDA EHY

27.04.2022 1315

231-
A2 37310-

~~STADCO~~ Ve 005

Betr: Offener Brief der IPPNW zum Sondervermögen für die Bundeswehr

Sehr geehrter Herr Scholz,
Sehr geehrte Frau Baerbock,
Sehr geehrte Frau Lambrecht,
Sehr geehrte Frau Strack-Zimmermann,

die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens Bundeswehr wird vorbereitet und die erste Lesung ist für den 27. April 2022 im Bundestag terminiert. Wenn die erforderliche 2/3 Mehrheit für die Änderung des Grundgesetzes erreicht wird - darf der Bund bis zu 100 Milliarden Euro „zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ Deutschlands bereitstellen.

Die Ärzt*innenorganisation IPPNW lehnt das 100 Milliarden-Programm für die deutsche Bundeswehr entschieden ab. Als Friedensnobelpreisträgerin sehen wir unsere Aufgabe in der Verhinderung des Atomkrieges sowie des Krieges durch Konfliktbearbeitung und friedlichen Lösungen.

Angesichts der explosiven Situation in der Ukraine ist jegliche Eskalation zu vermeiden. Der Reflex zur Bewaffnung und Aufrüstung als Antwort auf den Angriffskrieg in der Ukraine ist nicht hilfreich. Eine massive Aufrüstung zieht Kraft, Ressourcen und Intellekt von den globalen Herausforderungen wie der Klimakrise und globaler sozialer Gerechtigkeit inklusiv der Bekämpfung des weltweiten Hungers ab. Es ist inakzeptabel, dass die Bundesregierung die Entwicklungshilfe entgegen der Versprechung im Koalitionsvertrag kürzt.

Das 100 Milliarden-Programm für die Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht, besser wäre es, die Finanzmittel zu verwenden, um Deutschland von fossilen Ressourcen unabhängig zu machen und um die Geflüchteten aus der Ukraine zu unterstützen.

Schwerwiegende Bedenken haben wir im Hinblick auf den Kauf des F-35 als Nachfolger für die Tornado-Kampffjets. Mit diesen Flugzeugen können deutsche Pilot*innen US-Atombomben einsetzen. Das ist ein verheerendes Signal, nicht nur gegenüber Russland, das diese Aufrüstung möglicherweise als Bedrohung sieht, sondern auch gegenüber anderen Ländern, die momentan auch über eine nukleare Aufrüstung nachdenken.



IPPNW

International Physicians
for the Prevention
of Nuclear War

- 2 -

Deutsche Sektion der
Internationalen Ärzt*innen
für die Verhütung des
Atomkrieges / Ärzt*innen in
sozialer Verantwortung e.V.

Körtestraße 10 | 10967 Berlin
Tel.: +49 (30) / 698 07 40
Fax: +49 (30) / 693 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand

Daniel Becker
Dr. Angelika Claußen
Carlotta Conrad
Dr. Robin Maitra
Dr. Lars Pohlmeier
Ute Rippel-Lau
Ralph Urban
Dr. Ute Watermann
International Council/lor
Dr. Helmut Lohrer
Friederike Bröderhausen
Ehrenvorstandsmitglied
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Mohssen Massarrat
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Olmar Wassermann

IPPNW e.V. | Körtestraße 10 | 10967 Berlin

Putins verkappte Drohung mit Atomwaffen und die Aussagen hochrangiger Russen zum Einsatz von Atomwaffen zeigen, dass Atomwaffen auch als Erpressungsmittel eingesetzt werden. Diese Atomwaffendrohungen unterstützen die aggressive Kriegsführung in der Ukraine. Gleichzeitig glauben viele Menschen, dass jedes Land Atomwaffen brauche, um sich künftig vor solchen Angriffskriegenzu „schützen“. Obwohl wir entgegenen, dass Atomwaffen keinen Schutz bieten, sondern uns alle nur bedrohen, führt die hier genannte Logik zu einer Proliferation und zum Kollaps des internationalen Nichtverbreitungsregimes. Wir dürfen nicht glauben, dass nur die fünf „offiziellen“ und die vier „de-facto“ Atomwaffenstaaten sowie ihre Bündnispartner die einzigen bleiben werden, die diese „Sicherheit“ suchen.

Daher müssen wir aus der Eskalationsspirale kommen und weiter an dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt arbeiten. Wenn wir es schaffen, diese Krise zu überleben, dürfen wir nicht in einer Welt aufwachen, in der viele Länder aus dem Nichtverbreitungsvertrag ausgestiegen sind und Atomwaffen produzieren. Stattdessen müssen wir einen Friedensprozess beginnen, der Rüstungskontrolle und Abrüstung als wesentliche Bestandteile beinhaltet und zur Abschaffung aller Atomwaffen beiträgt. Ein juristisches Instrument für die Eliminierung von Atomwaffen – der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (AVV) – wird im Juni 2022 in Wien weiter entwickelt. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag signalisiert, sie nehme an dieser Konferenz als Beobachterin teil.

Durch das Festhalten an der nuklearen Teilhabe ist der Beitritt zum AVV für Jahrzehnte praktisch ausgeschlossen. Machen Sie bitte einen mutigen Schritt für den Frieden und eine atomwaffenfreie Welt, indem Sie keine Atombomber anschaffen und das Sondervermögen für eine sozial-ökologische Transformation und zivile Konfliktbearbeitung verwenden statt für eine Hochrüstung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. Lars Pohlmeier, Vorsitzender, für die IPPNW



UNESCO-Friedenspreis 1984

IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01 | BIC: GENODEM1GLS
Konto: 1159325101 | BLZ: 430 609 67 | Gläubiger-ID: DE16IPP00000010836

Friedensnobelpreis 1985

432 - 52322 - En003 NA 3

Vfg.

- 1. Kenntnisgen. - n.z.V.
- 2. z.d.A.

Sabiel 25.3.22



Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

An:
 Bundeskanzleramt
 Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz MdB
 - Per Mail -

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
 Herrn Bundesminister Dr. Robert Habeck MdB
 - Per Mail -

Bundesministerium der Finanzen
 Herrn Bundesminister Christian Lindner MdB
 - Per Mail -

779/22/20

Büro der Bundeskanzlerin							
BK Nr.	1	2	3	4	5	6	7
Nr.							Ant.
14. MRZ. 2022							
<input checked="" type="checkbox"/> zK/wV				<input type="checkbox"/> Beantw. Abt.			
<input type="checkbox"/> AE				<input type="checkbox"/> Termin			
<input type="checkbox"/> Votum/Stgn.				<input type="checkbox"/> Kopie			

J 15/2

Berlin, 10.03.2022

Posteingang AL 4
 17. MRZ. 2022
 → 432/26

Offener Brief an die Spitze der Bundesregierung

Sehr geehrte Herr Bundeskanzler, lieber Herr Scholz
 sehr geehrter Herr Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, lieber Herr Habeck,
 sehr geehrter Herr Bundesminister für Finanzen, lieber Herr Lindner,

die Spritpreise explodieren, erreichen horrende Höhen und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Jeden Tag müssen unsere Mitglieder, kleine und mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer, mehr als 2 Euro pro Liter zahlen. Das ist unhaltbar!

Dieser historisch höchste Preis in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist ein Armutrisiko für viele Bürgerinnen und Bürger, ein Insolvenzrisiko für die Unternehmen und ein Mobilitätsrisiko für die Verkehrsagenda Ihrer Bundesregierung. Deswegen steht zum jetzigen Zeitpunkt eine sofortige Entscheidung an!

Sie wissen, dass der Preis den jeden Tag Kundinnen und Kunden an den Tankstellen bezahlen, zum einen von volatilen Weltmarktpreisen abhängig ist, aber in erheblichem Umfang auch durch Steuern und Abgaben vom Staat massiv verteuert wird. Diese machen bei den jetzigen Preisen für Benzin und Diesel schon mehr als einen Euro und damit die Hälfte des Preises aus. Grade auch der massiv gestiegene Dieselpreis, der zum ersten Mal den Benzinpreis überholt hat, trifft unsere Mitglieder hart, da sie grade im Hinblick auf einen günstigen Dieselpreis in Dieselfahrzeuge investiert haben.

432-52322-En-003(3)/1/2022
 Hauptregistrator Bundeskanzleramt



Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

Nach zwei Jahren Pandemie, ausbleibenden oder deutlich verzögerten Überbrückungs- und Hilfszahlungen, zwei Jahren, in denen die letzten oft auch privaten Reserven aufgebraucht und neue Schulden gemacht worden sind, brechen die steigenden Kraftstoffpreise mit der hohen Belastung durch Steuern und Abgaben unseren Mitgliedern nun endgültig das Genick. Für das Taxi- und Mietwagenwesen ist dies eine finanzielle Katastrophe. Wir sind schon längst an einem Punkt angekommen, der existenzbedrohend ist!

Daher gibt es für den Taxi und Mietwagenverband Deutschland mit all unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, den Fahrern und ihren Familien nur eine Konsequenz: Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, und Sie, sehr geehrte Herrn Bundesminister für Klimaschutz und Wirtschaft und für Finanzen, müssen eine Sofortpaket zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen von den Spritpreisen verabschieden.

Eine Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent ist ein notwendiges Zeichen politischen Handelns, bringt den Unternehmen aber keinerlei Entlastung.

Aus diesem Grund fordern wir als TMV die sofortige Aussetzung der Energiesteuer für mindestens drei Monate!

Nur über die ehemalige Mineralölsteuer können sowohl die Bürger als auch die Unternehmen in solch einer Krisensituation nachhaltig entlastet werden. Wenn der Betrag von 47,04 Cent pro Liter Diesel und 65,45 Cent pro Liter Benzin nicht mehr vom Staat erhoben wird, kommt es zu einem wirklichen Entlastungssignal, das auch seine Wirkung nicht verfehlt.

Verkennen Sie bitte die Lage nicht, sie ist deutlich dramatischer, als Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung es vermuten lassen. Sie haben es jetzt in der Hand unverzüglich mit einem solchen Sprit-Entlastungspaket zu handeln.

Mit freundlichen Grüßen
verbleiben wir
Ihre

Markus Gossmann
Vizepräsident

Thomas Kroker
Vizepräsident

Patrick Meinhardt
Bundesgeschäftsführer

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



Bundeskanzleramt
 Bundeskanzler
 Herr Olaf Scholz
 Willy-Brandt-Straße
 10557 Berlin

16/09
 CLK
 19/9 M

2215/22120

Büro des Bundeskanzlers								
BK	Chef BK	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7
Frist:				Anl.:				
09. Sep. 2022								
<input type="checkbox"/> Stellungnahme / Vorum	<input type="checkbox"/> Beantwortung							
<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme	<input type="checkbox"/> z. d. A. / weglegen							
<input type="checkbox"/> Erledigung / z. w. Verw.	<input type="checkbox"/> Abgabe an							
<input type="checkbox"/> d. R.	<input checked="" type="checkbox"/> Kopie			4.6 ✓				
<input type="checkbox"/> AE	StM Schneider							

Städte- und Gemeindebund
 Sachsen-Anhalt
 Kreisverband Harz

Vorsitzender des Kreisverbandes
 Name: Marcus Weise

Kontaktdaten:
 Adresse: Stadt Harzgerode, Marktplatz 1
 Tel.: 039484-7476100
 Fax.: 039484-7476111
 E-Mail: buergermeister@harzgerode.de

Harzgerode, den 06. 09. 2022

Offener Brief der Städte- und Gemeinden im Landkreis Harz

134
 Fin 13, ul²¹
 zw U. 9
 8. 2019
 z. d. A.
 he
 17/9

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

der Landrat und die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Landkreis Harz wenden sich mit diesem offenen Brief an Sie, weil die starken Energiepreissteigerungen der vergangenen Wochen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bürger, Unternehmen und Kommunen bei Weitem überschreiten. Die hohen Energiepreise treiben nicht nur die Ausgaben für den eigenen Energieverbrauch in die Höhe, sondern treiben die Preise in allen Bereichen. Sollte dieser Zustand anhalten, sehen wir die Gefahr, dass besonders energieintensive Unternehmen keine Zukunft haben und damit tausende Menschen arbeitslos werden.

Im Harz sind viele energieintensive Unternehmen und Zulieferer der Automobilindustrie ansässig. Daher ist der Harz in der aktuellen Situation besonders betroffen. Wir befürchten aber auch ein Sterben von wichtigen Dienstleistungsangeboten, der kleinen Einzelhändler sowie in Bereichen mit geringen Umsätzen und Gewinnen. Viele Menschen stehen den enormen Kostensteigerungen hilflos gegenüber und haben große Existenzängste. Eine Insolvenzwelle von Unternehmen und Bürgern ist zu erwarten, wenn nicht unverzüglich spürbare Maßnahmen ergriffen werden. Es steht die Zukunft unserer Städte und Gemeinden, wie wir sie kennen, auf dem Spiel. Es ist unsere Aufgabe, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und ihnen klar und deutlich zu zeigen, dass wir an ihrer Seite stehen und die Probleme lösen. Dafür sind wir gewählt worden.

Daher fordern wir die Bundes- und Landesregierung auf, Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der hohen Energiepreise zu ergreifen. Es darf keine Tabus mehr geben. Ein sofortiger und zeitlich befristeter Preisdeckel für Energie, Steuersenkungen auf Energie, die Abschaffung der Gasumlage, eine Übergewinnsteuer, der Weiterbetrieb von Kohle- und Atomkraftwerken können die Zeit, die wir zur stärkeren Energieunabhängigkeit benötigen, verschaffen.

z. d. A. 134 20 100 Ko 047


Wir benötigen einen klaren und belastbaren Plan für Deutschland und kein Durcheinander von unüberlegten Vorschlägen. Dieser Plan muss im Ziel genügend und bezahlbare Energie für unser Land gewährleisten. Der Lieferanteil von Gas, insbesondere aus Skandinavien und anderen europäischen Nachbarn, muss schnellstens ausgebaut werden.

Gas wird auch in Zukunft benötigt werden. Der massive Ausbau von erneuerbaren Energien (Wind, Sonne, Wasserkraft, Biogas, Wasserstoff) darf nicht nur Prosa in Parteiprogrammen sein. Hierfür benötigen wir stärkere Investitionsanreize und spürbare Planungsbeschleunigung. Geben Sie mehr Planungsverantwortung in die Kommunen.

Energiepreise können wehtun, dürfen aber nicht existenzvernichtend sein.

Bewahren Sie den sozialen Frieden und schützen Sie die Bürger und unsere Unternehmen!

Mit freundlichen Grüßen


Marcus Weise
Vorsitzender des Städte- u. Gemeindebundes
Kreisverband Harz
Bürgermeister Stadt Harzgerode

gez.
Thomas Balcerowski
Landrat

gez.
Daniel Szarata
Oberbürgermeister
Stadt Halberstadt

gez.
Tobias Kascha
Oberbürgermeister
Stadt Wernigerode

gez.
Frank Ruch
Oberbürgermeister
Welterbestadt
Quedlinburg

gez.
Dr. Michael Knoppik
Bürgermeister
Stadt Ballenstedt

gez.
Maik Zedschack
Bürgermeister
Stadt Thale

gez.
Heiko Breithaupt
Bürgermeister
Stadt Blankenburg (Harz)

gez.
Denis Loeffke
Bürgermeister
Stadt Ilsenburg

gez.
Gerald Fröhlich
Bürgermeister
Gemeinde Nordharz

gez.
Maik Berger
Bürgermeister
Gemeinde Huy

gez.
Klaus Wycisk
Bürgermeister
Stadt Falkenstein/Harz

gez.
Ute Pesselt
Verbandsgemeinde-
bürgermeisterin
Verbandsgemeinde
Vorharz

gez.
Ronald Fiebelkorn
Bürgermeister
Stadt Oberharz am Brocken

gez.
Dirk Heinemann
Bürgermeister
Stadt Osterwieck

Posteingang ALn 1
28. SEP. 2022

2371/22/20



Landratsamt Sonneberg • Postfach 100 442 • 96504 Sonneberg

**Landkreis Sonneberg
Der Landrat**

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Büro des Bundeskanzlers								
BK	Chef BK	1	2	3	4	5	6	7
Frist:				Anl.:				
26. Sep. 2022								
<input type="checkbox"/> Stellungnahme / Votum				<input type="checkbox"/> Beantwortung				
<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme				<input type="checkbox"/> z.d.A. / weglegen				
<input type="checkbox"/> Erledigung / z.w.Verw.				<input type="checkbox"/> Abgabe an				
<input type="checkbox"/> b.R.				<input checked="" type="checkbox"/> Kopie				
<input type="checkbox"/> AE				<input checked="" type="checkbox"/> <i>St Min Ryglewski</i>				
				<input checked="" type="checkbox"/> <i>St Min Schneider</i>				

Landratsamt Sonneberg
Bahnhofstraße 66
96515 Sonneberg
Tel.: 03675/871203
Fax: 03675/871324

Internet: www.kreis-sonneberg.de
E-mail: hans-peter.schmitz@lkson.de *

15. September 2022

26109
CMK
1204

Offener Brief: Unsere Menschen und Unternehmen brauchen umgehend wirkungsvolle Realpolitik

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz und
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

glin 13, 2022

die Bevölkerung sowie auch die Unternehmen aus Handwerk, Industrie, Handel, Gastgewerbe und Dienstleistung unseres Landkreises Sonneberg stehen aufgrund der explosionsartig gestiegenen Kosten bei der Energie- und Grundversorgung vielfach mit dem Rücken zur Wand. Wir wenden uns an Sie, um Ihnen die gegenwärtige Notlage aus Sicht der Menschen und Unternehmen unseres ländlich geprägten Heimatlandkreises zu schildern. Gleichzeitig fordern wir Sie eindringlich auf, umgehend wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu treffen.

*289
134
27
9*

Unser Landkreis Sonneberg weist eine sehr hohe Beschäftigungsquote auf. Überdurchschnittlich viele unserer Bürgerinnen und Bürger gehen mit großem Fleiß und Zuverlässigkeit einer Arbeit nach und zahlen pünktlich ihre Steuern. Von ihrer ehrlichen Arbeit bleibt ihnen jedoch aufgrund der buchstäblich galoppierenden Inflation und der stark steigenden Lebenshaltungskosten immer weniger übrig. Dies wirkt umso schwerer, da bei uns im ländlichen Thüringen die Verdienste auf einem deutlich niedrigeren Niveau sind, als in anderen Regionen. Auch deshalb ist der Grad des Wohlstands ein völlig anderer als in den älteren Bundesländern.

*2 d.A.
134-20100
No 047*

Der überwiegende Teil unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist für den Arbeitsweg auf das Auto angewiesen. Der ÖPNV kann im ländlichen Raum naturgemäß nicht so ausgebaut werden wie in Ballungsräumen. Insofern gibt es für unsere Pendlerinnen und Pendler nahezu keine Alternativen zum Auto. Die unanständig hohen Preise für Benzin und Diesel sowie die ebenfalls vervielfachten Kosten für Energie und die weitere Lebenshaltung bringen deshalb sehr viele unserer Bürgerinnen und Bürger in wirtschaftliche Nöte. Monat für Monat bleibt ihnen und ihren Familien immer weniger Geld übrig. Und Viele fragen sich ernsthaft, ob sich ehrliche Arbeit überhaupt noch lohnt. Bei unseren Menschen nehmen die Ängste und Sorgen, aber auch die Wut, spürbar zu. Der starke Rückgang an Wohlstand und Kaufkraft in der Breite führt darüber hinaus zu einem weiteren negativen Dominoeffekt zu Lasten unserer Gesamtwirtschaft.

*he
14/9*

* Bitte die Hinweise zum elektronischen Postverkehr auf der Website beachten.

Auch unsere heimischen Unternehmen aus Handwerk, Industrie, Handel, Gastgewerbe und Dienstleistung haben angesichts der höchst prekären wirtschaftlichen Rahmenbedingungen enorme Existenzängste. Es drohen Insolvenzen in Größenordnung! Dabei ist unsere Wirtschaft das Fundament unseres Zusammenlebens. Unsere Betriebe sichern für viele fleißige Menschen Beschäftigung und Wohlstand. Sie bilden aus und schaffen Perspektiven für unsere jungen Leute.

Bei uns im ländlichen Raum hat vor allem auch das Handwerk noch allerhöchste Bedeutung. Denn in fast allen Lebensbereichen stellt es die Grundversorgung sicher und trägt entscheidend dazu bei, dass man bei uns gut leben kann. Das beginnt bei der Ernährung und der Gastronomie, geht weiter über Bauen und Wohnen und endet bei den körpernahen Dienstleistungen. Auch ist unser Handwerk essentiell für Unternehmen aus anderen Wirtschaftsbereichen, die ohne Zutun unseres Handwerks ebenfalls nicht funktionieren würden.

Unsere Betriebe in Handwerk, Industrie, Handel, Gastgewerbe und Dienstleistung sind Leistungsträger unseres gesellschaftlichen Miteinanders und erbringen für unseren Staat ebenfalls ein erhebliches Steueraufkommen. Sie arbeiten zukunftsorientiert und sind vielfach engagierte Förderer des Allgemeinwohls – vom Sport über Kinder- und Jugendeinrichtungen bis hin zur Kultur.

Mit unseren Unternehmen steht und fällt das gesellschaftliche und ökonomische Miteinander. Das gilt umso mehr im ländlichen Raum, wo die Betriebe unverzichtbare Anker für unsere Menschen sind – von Jung bis Alt. Sie sind eng verwurzelt mit unserer Heimat – unserem Landkreis Sonneberg und seinen Städten und Gemeinden. Hier sind sie Rückgrat des Lebens, und das von Herzen gerne!

Unsere Unternehmen und all ihre Beschäftigten sowie deren Familien leben davon, ihre fachlich anerkannten Leistungen zu bezahlbaren Preisen anbieten zu können. Diese Lebengrundlage ist zurzeit in allerhöchster Gefahr!

Die Rekordpreise für Strom und Gas sowie für Treib- und Betriebsstoffe, aber auch für Holz oder Baumaterial, zerstören ihre Geschäftsgrundlage! Auch die erheblichen Lieferengpässe, die sich zunehmend verschlechternden Auswirkungen einer mangelhaften Bildungs- und Einwanderungspolitik, die immer höheren gesetzlichen Standards und der unzumutbar ausufernde bürokratische Aufwand bedrohen die wertvolle Arbeit unserer Betriebe.

Das, was unsere Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren Beschäftigten seit 1990 unter großen Anstrengungen und eigenem Risiko aufgebaut haben, droht unter den enormen gegenwärtigen Belastungen zusammenzubrechen.

Wir fordern Sie deshalb auf, jetzt umgehend alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um unsere heimische Wirtschaft als Grundpfeiler unseres Landes in dieser existenzbedrohenden Lage wirkungsvoll zu unterstützen!

or allem müssen die exorbitanten Energiekosten sofort gesenkt und dauerhaft auf ein vernünftiges – sprich bezahlbares – Maß gedeckelt werden! Großkonzerne und Spekulanten treiben die Preise in die Höhe und dürfen mit ihren Rekordgewinnen für Energie nicht länger von der jetzigen Notlage und zu Lasten aller anderen profitieren!

Die von Ihnen auf den Weg gebrachten Entlastungspakete sind dabei aus unserer Sicht keine echte Hilfe. Sie sind zeitlich begrenzt und bekämpfen nicht die Ursachen der gewaltigen gegenwärtigen Probleme. Zudem kommen die eingesetzten Gelder im Endeffekt von den Steuerzahlern selbst.

Stehen Wirtschaft und Handwerk still, steht Deutschland still! Deshalb fordern wir Sie eindringlich auf, sofort mit beherzter Realpolitik die schwerwiegenden Probleme unseres Landes anzugehen!

Sehr gerne stehen wir Ihnen für persönliche Gespräche bereit, um Ihnen anhand von Beispielen aus unserem Landkreis Sonneberg aufzuzeigen, in welcher Notlage wir uns befinden und welche Maßnahmen aus unserer Sicht dringend notwendig sind.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Jürgen Köpper

Erster Stellvertreter des Landrates
des Landkreises Sonneberg



Christian Tanzmeier

Zweiter Stellvertreter des Landrates
des Landkreises Sonneberg

9.11.22.120

Büro der Bundeskanzlerin							
BK	1	2	3	4	5	6	7
Nr.	Ant.						
30. MRZ. 2022							
<input checked="" type="checkbox"/> ZK/wV				<input type="checkbox"/> Beantw. Abt.			
<input type="checkbox"/> AE				<input type="checkbox"/> Termin			
<input type="checkbox"/> Votum/Stgn.				<input type="checkbox"/> Kopie			

XS
31/13
d. 31/13

Posteingang AL 4
 05. APR. 2022 iV CS 8/4
 → SK/424 Jun 2/14



30. März 2022

An die deutsche Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Scholz,
 Sehr geehrter Herr Habeck,
 Sehr geehrter Herr Lindner,
 Sehr geehrter Herr Özdemir,
 Sehr geehrter Herr Buschmann,

1. 422
 2. 424 ✓ w.l.
 CS 8/4

SKO CS 19/4

wir schreiben Ihnen in turbulenten Zeiten und sind Ihnen dankbar, wenn Sie sich einen Moment nehmen, um diese Zeilen zu lesen. Bevor wir ab dem 11. April in Frankfurt am Main in den zivilen Widerstand treten und auf Autobahnen und an Banken sowie auch die fossilen Transportwege stören, ist es uns ein Anliegen, Sie zu kontaktieren und zu versuchen, gemeinsam Möglichkeiten zu finden, die unser Überleben sichern.

Bilbe 2.d. 17

102 63001 En 044

Für uns ist es ganz klar, dass wir bereit sind, im Hinwirken auf eine demokratische Notfallwirtschaft friedlich alles zu riskieren, um unsere Gesellschaft aus diesem Klimakollaps zu führen. Wir denken, dass es in Anbetracht des sich schließenden Zeitfensters moralisch und strategisch der einzige Weg ist, über friedlichen zivilen Widerstand an die Gerechtigkeitsvorstellungen unserer Mitmenschen - auch an Sie - zu appellieren, dass wir die Notfallveränderungen erreichen. Wir verpflichten uns, dies stets auf eine friedliche Art und Weise zu tun. Auch wenn wir gerade immer mehr Menschen werden, werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um uns in Friedlichkeit zu trainieren. Gelingt uns das nicht, sind wir in unserem Vorhaben gescheitert.

Uns ist auch wichtig zu betonen, dass wir das Verhalten der Bundesregierung als verantwortungslos kritisieren und nicht einzelne Menschen beleidigen wollen. Wir haben in letzter Zeit interessante Gespräch mit einzelnen Politiker:innen geführt, die eine fundamentale Veränderung wollen. Jedoch wird immer wieder deutlich, dass auch sie das tödliche System allzu oft mit Verweis auf schwierige Machbarkeit statt Notwendigkeit schützen und lieber an einem Koalitionsplan festhalten, der uns in eine zwei, drei Grad heißere, also chaotische, Welt führt.

Warum ist das System tödlich?

Fossile Brennstoffe zerstören uns. Die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle hat uns in unsere derzeitige Krise geführt. Durch sie sind wir in der Geiselhaft von blutigen Diktatoren und bezahlen ihre unmenschlichen Waffen - so wie jetzt gerade in der Ukraine. Die fossilen Brennstoffe vernichten aber vor allem unser bisher stabiles Klima. Jeder Euro, der weiter in diese veralteten Technologien investiert wird, ist eine Investition in den Zusammenbruch unserer Gesellschaft. **Deswegen bitten wir Sie jetzt den Ausbau für fossile Gas-, Öl- und Kohleinfrastruktur in Deutschland zu stoppen. Wir fordern Sie ebenfalls dazu auf, dass Sie den Geldhahn für fossilen Wahnsinn weltweit zudrehen. Die Bundesregierung sollte die Bürgschaften für fossilen Öl, Gas und Kohle-Ausbau über die Absicherung durch Exportkreditgarantien beenden.**

Alle weitere, also zusätzliche fossile Infrastruktur, ist nach Einschätzung vieler wissenschaftlicher Veröffentlichungen nicht notwendig. Schwimmende LNG-Terminals und über 3-5 Jahre

hochgezogene Häfen für Erd- und Fracking-Gas aus Katar oder Amerika finanzieren Menschenrechtsverletzungen sowie Kriege und schaffen eine gefährliche Abhängigkeit. Dies war bereits bei Nordstream 1 und 2 ein folgenschwerer Fehler. Wir wollen Frieden und Unabhängigkeit und ein würdiges Erbe. Erneuerbare Energien sind unser bestes Friedensprojekt. Sonnen- und Windkraft produzieren keine Kriege und sind die Zukunft. Mit ihnen machen wir Deutschland unabhängig von Diktatoren und Lieferengpässen. Sie schützen unsere Luft und das Klima und generieren Arbeitsplätze. Solar- und Windenergie sollten daher sofort und konsequent ausgebaut werden.

Wir erbitten Verfassungstreue auch nach GG Artikel 20A. Dieses verlangt nach den Berichten des Weltklimarates sowie neueren Studien zum Verhalten der Kippelemente wie bspw. des antarktischen Thwaites-Gletschers eine sofortige Notfallwirtschaft. Eine Notfallwirtschaft bezeichnet das staatlich gesteuerte Umgestalten von Industrie und Gesellschaft. Diese kann global gerecht, sozial fair und demokratisch eingesetzt werden. Sie bedeutet Wertschätzung für unsere Ernährung, damit wir nicht in Hungersnöte und plötzliche Knappheit kommen (weshalb auch unsere früheren Forderungen, etwa nach einem Essen Retten Gesetz weiter notwendig sind und deshalb aufrechterhalten werden). Sie bedeutet wirtschaftliche Stabilität durch eine Umgestaltung und Reduktion des Verkehrs, des Energiesektors und der Gebäudekonstruktion. Sie, Herr Lindner, haben Ende Februar erneuerbare Energien als Freiheitsenergien bezeichnet. Das ist richtig. Dann aber auch bitte konsequent sein und alle Subventionen, die jetzt noch in fossile Energien gehen, in erneuerbare Energien umlenken. Wir können Freiheitsenergien zudem durch öffentliche Interventionen ausbauen, Gebäude dämmen und auf die beste verfügbare Technologie setzen, während wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren: eine stabile Welt.

Ihre Aussagen zu unseren vergangenen Autobahnblockaden und zum Hungerstreik drücken immer wieder größte Ablehnung aus. Was uns jedoch beunruhigt ist, dass Sie nicht einmal ansatzweise eine ähnliche Ablehnung für die Gründe haben, die den zivilen Widerstand überhaupt ins Leben gerufen haben. Wir bedauern die Störungen ebenfalls, aber wir glauben, dass diese Reaktion Ihrerseits ein weiterer Beweis dafür ist, dass sie notwendig sind.

Seit Jahrzehnten wird uns versprochen, dass die "Bundesregierung dran ist" und wir uns gedulden sollen. Doch diese Geduld hat bisher fast immer Nichtstun bedeutet. Es ist offensichtlich, dass unsere Proteste Spannungen hervorrufen, aber vor diesen haben wir keine Angst. Denn diese Spannungen sind notwendig für Veränderung und bringen uns endlich aus dem Nichtstun heraus.

Falls Sie also auch weiterhin den Ausbau für fossile Gas, Öl- und Kohleinfrastruktur in Deutschland fortsetzen wollen, werden wir weiterhin stören. Auch wenn das viele unserer Kritiker erfreuen würde, soll dieser Brief in keinster Weise eine Bedrohung darstellen. Wir sind jederzeit bereit, die Störungen zu unterbrechen und mit Ihnen darüber zu reden, wie wir jetzt handeln können, um den Klimakollaps abzuwenden. Wir würden jedoch ungern ein Gespräch führen, bei dem sich herausstellt, dass keine ehrlichen Absichten und Bemühungen dahinter stecken etwas für unser Überleben zu tun, und werden in diesem Fall den zivilen Widerstand fortsetzen.

Wir möchten auch mit Ihnen teilen, dass wir diesen Brief gerne zu Beginn des zivilen Widerstands veröffentlichen werden. Wir danken Ihnen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, diesen Brief zu lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Die letzte Generation, im Namen von

Lea Bonasera, Melanie Guttman, Henning Jeschke

Transatlantika GmbH · Glücksburgstraße 10 ·

Posteingang AL 4
24. AUG. 2022

3: He 2. d. A.
422 63001 En044
SK 6/20/9
SK 20/9
SK 20/9

Ein offener Brief an Bund und Bundesminister Hab

→ 42
422 15 20/8
der 26/8

Sehr geehrter Bundespräsident
sehr geehrter Herr Bundesmir

Wir stehen vor einem schwierigen Winter. Die drastisch steigenden Gas- und Energiepreise werden eine enorme finanzielle Belastung für viele Menschen in unserem Land darstellen. Die Sorge ist groß, dass sich dies in sozialen Unruhen ausdrücken könnte. Wir sind fest davon überzeugt, dass dies nicht der Fall sein wird, solange die Menschen in Deutschland sehen, dass die Mitglieder ihrer Regierung und ihre Volksvertreter ebenfalls bereit sind Verzicht zu üben und finanzielle Opfer zu bringen. Es wird keinen „Wutwinter“ geben und die Menschen werden die kommenden Belastungen in Kauf nehmen, wenn sie das Gefühl haben das wir – Sie, wir und alle anderen Menschen in diesem Land – wirklich in einem Boot sitzen.

Dies ist die Kernbotschaft unserer Aktion „20%“, die wir in einem kurzen Video präsentieren, dass Sie sich auf unserer Webseite anschauen können:

www.transatlantika.com

Wir wenden uns nun an Sie drei persönlich mit der Bitte einen geeigneten Fonds aufzusetzen, in den Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung, sowie gutverdienende Bürgerinnen und Bürger ihre 20% spenden können. Dieser Fonds muss mit Fachpersonal ausgestattet werden, die die Vergabekriterien festlegen, als auch die eigentliche Verteilung der Mittel organisieren und durchführen.

Bundespräsident Steinmeier wäre der ideale Schirmherr für die Aktion 20%. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Aufgabe übernehmen würden.

Natürlich wäre es auch ein besonderes Signal, wenn die ersten drei Spenden für den 20% Fonds von Ihnen drei persönlich kämen.

Wir danken Ihnen für Ihre unermüdlichen Anstrengungen in dieser schwierigen Zeit und wünschen Ihnen viel Erfolg für die Zukunft.

Hochachtungsvoll



Sonja Nienmeier, Co-Founder

P.S.: Dieser offene Brief wird auf unserer V verteilt.

1) Büro Chef BK

BK	LKB	StM	StS
1	2	3	4
5	6	7	

2) 23. AUG. 2022

<input type="checkbox"/> z. K.	<input type="checkbox"/> Beantw. Abt.
<input type="checkbox"/> Votum	<input type="checkbox"/> Termin
<input type="checkbox"/> Stellungnahme	<input checked="" type="checkbox"/> zwV
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> ET

du 27/8

422-63001-En-044/44/2022
Hauptregistratur Bundeskanzleramt

CEO Dr. Tim
+49 (0)1729
tim.luecke@
www.transatlantika.com

Ein offener Brief an Bundespräsident Steinmeier, Bundeskanzler Scholz und Bundesminister Habeck

Sehr geehrter Bundespräsident Steinmeier, sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, sehr geehrter Herr Bundesminister Habeck,

Wir stehen vor einem schwierigen Winter. Die drastisch steigenden Gas- und Energiepreise werden eine enorme finanzielle Belastung für viele Menschen in unserem Land darstellen. Die Sorge ist groß, dass sich dies in sozialen Unruhen ausdrücken könnte. Wir sind fest davon überzeugt, dass dies nicht der Fall sein wird, solange die Menschen in Deutschland sehen, dass die Mitglieder ihrer Regierung und ihre Volksvertreter ebenfalls bereit sind Verzicht zu üben und finanzielle Opfer zu bringen. Es wird keinen „Wutwinter“ geben und die Menschen werden die kommenden Belastungen in Kauf nehmen, wenn sie das Gefühl haben das wir – Sie, wir und alle anderen Menschen in diesem Land – wirklich in einem Boot sitzen.

Dies ist die Kernbotschaft unserer Aktion „20%“, die wir in einem kurzen Video präsentieren, dass Sie sich auf unserer Webseite anschauen können:
www.transatlantika.com

Wir wenden uns nun an Sie drei persönlich mit der Bitte einen geeigneten Fonds aufzusetzen, in den Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung, sowie gutverdienende Bürgerinnen und Bürger ihre 20% spenden können. Dieser Fonds muss mit Fachpersonal ausgestattet werden, die die Vergabekriterien festlegen, als auch die eigentliche Verteilung der Mittel organisieren und durchführen.

Bundespräsident Steinmeier wäre der ideale Schirmherr für die Aktion 20%. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Aufgabe übernehmen würden.

Natürlich wäre es auch ein besonderes Signal, wenn die ersten drei Spenden für den 20% Fonds von Ihnen drei persönlich kämen.

Wir danken Ihnen für Ihre unermüdlichen Anstrengungen in dieser schwierigen Zeit und wünschen Ihnen viel Erfolg für die Zukunft.

Hochachtungsvoll

Sonja Steinmeier, Co-Founder

Tim Lücke, Co-Founder

Dieser Brief wird auf unserer Webseite veröffentlicht und über die sozialen Netzwerke und Medien